

DAS DEUTSCHE LEBENSMITTELHANDWERK

Arbeitsgemeinschaft der Fachverbände des Lebensmittelhandwerks in Deutschland



Positionierung des Lebensmittelhandwerks zu den Diskussionen um die Einführung einer Zuckersteuer



März 2026



1. Ausgangslage

Verbraucherinnen und Verbrauchern steht in Deutschland ein vielfältiges und breit gefächertes Lebensmittelangebot zur Verfügung, das unterschiedlichste Ernährungsstile und Präferenzen berücksichtigt. Die amtlichen Daten zeigen, dass in Deutschland jährlich eine rechnerische Pro-Kopf-Zuckermenge im mittleren zweistelligen Kilogramm Bereich zur Verfügung steht. Dabei handelt es sich um eine statistische Größe, die auch Anteile umfasst, die technologisch bedingt nicht verzehrt werden – beispielsweise Mengen, die in industrielle Prozesse fließen. Sie bildet daher den tatsächlichen individuellen Konsum nur eingeschränkt ab. Gleichzeitig verdeutlichen ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse, dass Übergewicht und ernährungsmittelbedingte Erkrankungen nicht auf einzelne Nährstoffe zurückzuführen sind, sondern das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels aus Energieaufnahme, Bewegungsverhalten und Lebensstilfaktoren sind. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, Zuckerkonsumdaten realistisch einzuordnen und nicht losgelöst von ihrem statistischen und ernährungsphysiologischen Kontext zu interpretieren.

Auch wenn Reformulierungsmaßnahmen der Lebensmittelwirtschaft in den vergangenen Jahren zu teils spürbar reduzierten Zuckergehalten geführt haben, ist dies nur einer von vielen relevanten Aspekten. Dies zeigt aber, dass die Branche kontinuierlich daran arbeitet, Rezepturen zu verbessern und zugleich Verbraucherakzeptanz, Geschmack und Produktvielfalt zu gewährleisten.

Trotz dieser Ausgangslage wird in der politischen Debatte zunehmend über die Einführung einer Zuckersteuer diskutiert, häufig gestützt auf internationale Beispiele und modellhafte Annahmen. Mittels einer solchen Steuer soll versucht werden, das Konsumverhalten zu verändern und damit den Konsum von Zucker zu senken.

Eine sachliche Beurteilung solcher Vorschläge erfordert jedoch, den tatsächlichen Konsum, die Komplexität der Ursachen ernährungsbedingter Erkrankungen sowie die bereits erreichten Fortschritte und strukturellen Rahmenbedingungen angemessen zu berücksichtigen. Diese Ausgangslage muss den Rahmen bilden für eine faktenbasierte Bewertung der Forderung nach einer Zuckersteuer. Statt pauschaler steuerlicher Belastungen für kleine und mittelständische Unternehmen des Lebensmittelhandwerks sollten präventive und strukturelle Maßnahmen im Vordergrund stehen.

2. Position des Lebensmittelhandwerks

Das Lebensmittelhandwerk lehnt die Einführung einer pauschalen Zuckersteuer ab. Die wesentlichen Gründe:

- **Hohe bürokratische Belastung**
Verbrauchssteuern verursachen einen hohen Verwaltungsaufwand.
Dokumentations- und Kontrollpflichten treffen kleine Betriebe

besonders hart, da Aufwand und Grundkosten unabhängig von der Produktionsmenge anfallen, die im Handwerk deutlich niedriger ist als in Industriebetrieben.

- **Wettbewerbsnachteile für kleine Unternehmen**

Industrieunternehmen können Verwaltungsprozesse zur Ermittlung und Dokumentation von Verbrauchsteuern deutlich besser abfedern. Handwerksbetriebe verfügen dagegen über geringere Personalressourcen und einen niedrigeren Automatisierungsgrad. Eine Zuckersteuer verschärft bestehende Wettbewerbsungleichgewichte, gefährdet die wirtschaftliche Stabilität der Betriebe, unternehmerische Existenzen sowie Arbeitsplätze und führt langfristig zu einer Schwächung der Nahversorgung.

- **Handwerk ist keine Industrieproduktion**

Handwerklich hergestellte Lebensmittel sind keine standardisierten Industrieprodukte. Sie werden frisch, regional und in kleinen Mengen produziert. Sie sind Teil der täglichen Grundversorgung und unterscheiden sich von hochverarbeiteten Fertigprodukten. Eine pauschale Steuer berücksichtigt diese Unterschiede nicht.

- **Technologische Grenzen von Rezepturanpassungen (Reformulierung)**

Zucker ist in der Lebensmittelproduktion nicht nur Geschmacksträger, sondern fungiert auch als Konservierungsmittel (hemmt mikrobielles Wachstum), beeinflusst die Textur eines Lebensmittels und verlängert die Haltbarkeit.

- **Psychologische Grenzen von Rezepturanpassungen**

Bestrebungen der Lebensmittelproduzenten im Rahmen der Nationalen Strategie zur Senkung von Fett, Salz und Zucker zeigten auch, dass Produkte ab einem bestimmten Punkt der Zuckerreduktion von den Verbrauchern nicht mehr akzeptiert werden. Lebensmittel sind auch Genussmittel und sollten nicht durch Strafsteuern verteuert werden. Entscheidend für eine gesunderhaltende Ernährung ist die Kalorienbilanz jedes einzelnen Verbrauchers, nicht der Zuckergehalt einzelner Lebensmittel.

- **Zweifelhafte Wirksamkeit bei hohen sozialen Kosten**

Erfahrungen aus dem Ausland zeigen: Der Konsum der mit einer Zuckersteuer belegten Getränke sinkt zwar, aber messbare positive Gesundheitseffekte bleiben begrenzt. Dies trifft nach WHO-Angaben z.B. auf Ungarn und Mexiko zu, die 2016 eine Zuckersteuer auf Getränke eingeführt haben. In diesen Ländern ist die Adipositasrate bei Erwachsenen bis 2022 weiter gestiegen. Denn trotz einer Verringerung des Zuckergehalts in Getränken blieb der Gesamtzuckerkonsum

unverändert¹. Zudem starteten zeitgleich mit der Steuer weitere Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen in Schulen und freiwillige Rezepturänderungen bei Frühstückscerealien und Joghurts². Daher ist es nicht wissenschaftlich, die Gesundheitseffekte nur der Zuckersteuer zuzuschreiben. Regressive Effekte treffen einkommensschwache Haushalte besonders stark.

- **Zusätzliche Preissteigerungen für Verbraucherinnen und Verbraucher**

Mit einer Zuckersteuer würden sich die Herstellungskosten erhöhen und damit zu weiteren Preissteigerungen bei Lebensmitteln führen. Dies belastet die Verbraucherinnen und Verbraucher zusätzlich in einer Zeit bereits hoher und weiter steigender Lebenshaltungskosten.

- **Fehlender Zusammenhang zwischen Zuckerkonsum und nicht übertragbaren Krankheiten**

Anders als häufig in der Presse zu lesen ist, ist in Deutschland der Zusammenhang von Zuckerkonsum und nicht übertragbaren Erkrankungen nicht erwiesen. Denn während letztere nach Angaben der medizinischen Fachpresse stark zunehmen, ist der durchschnittliche Zuckerkonsum in Deutschland seit knapp 55 Jahren unverändert³. Dies zeigt, dass die gesundheitliche Entwicklung andere Ursachen als den Zuckerkonsum hat.

- **Symptompolitik statt Ursachenbekämpfung**

Eine Steuer adressiert nicht die strukturellen Ursachen wie mangelnde Ernährungsbildung und fehlende Bewegungsangebote.

- **Transparenz statt Pauschalsteuer**

Kundinnen und Kunden des Lebensmittelhandwerks haben die Möglichkeit, sich aktiv zu informieren. Durch den persönlichen Kontakt zu den Fachverkäuferinnen und Fachverkäufern können sie sich zu Zutaten, Herstellungsweise, Portionsgrößen sowie zu möglichen Alternativen im Sortiment beraten lassen. Diese niedrigschwellige Informationsmöglichkeit fördert transparente Kaufentscheidungen und unterstützt eigenverantwortliches Konsumverhalten. Eine pauschale Zuckersteuer würde einen Vertriebsbereich erfassen, in dem Verbraucherinnen und Verbraucher bereits heute die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und bewusst zu entscheiden.

¹ <https://www.br.de/nachrichten/wissen/zuckersteuer-was-bringt-die-abgabe-am-ende-wirklich,VAFK6IH>

² <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-07/zuckerkonsum-grossbritannien-ernaehrung-gesundheit-zuckersteuer>

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/175483/umfrage/pro-kopf-verbrauch-von-zucker-in-deutschland/> (kostenpflichtig)

- **Schwächung der Resilienz**

Angesichts der veränderten Sicherheitslage lautet das Gebot der Stunde, wo es nur geht, die Resilienz zu stärken: Krisenvorsorge und Widerstandsfähigkeit sind keine abstrakten Themen, sondern stellen angesichts der veränderten Sicherheitslage in Europa eine zentrale Zukunftsaufgabe für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft dar. Das bedeutet für den Gesetzgeber, dass jegliche Regulierung reduziert oder gestoppt werden muss, die Unternehmen und Behörden hindert, resilienter zu werden. Die Einführung einer Zuckersteuer würde die Resilienz der Unternehmen nicht stärken, sondern schwächen. Sie sollte daher im Interesse der nationalen Sicherheit gestoppt werden.

3. Forderungen des Lebensmittelhandwerks

Vor diesem Hintergrund fordert das Lebensmittelhandwerk:

- **Reduzierung bürokratischer Lasten statt zusätzlicher Belastungen:** Regionale Handwerksbetriebe sichern Vielfalt, Qualität und Versorgungssicherheit. Politische Maßnahmen müssen diese Strukturen schützen statt gefährden. Sollten steuerliche Maßnahmen eingeführt werden, sind dringend Ausnahmeregelungen für Betriebe des Lebensmittelhandwerks vorzusehen.
- **Transparente Evaluationsmechanismen:** Staatliche Maßnahmen wie die im Raum stehende Verbrauchsteuer sollten vorab verpflichtend hinsichtlich Kosten, Nutzen und sozialer Auswirkungen evaluiert werden.
- **Berücksichtigung traditioneller handwerklicher Produkte:** Viele handwerkliche Erzeugnisse sind kulturelle Lebensmittel mit begrenzten Verzehrmenngen. Eine pauschale Zuckersteuer würde solche Produkte unverhältnismäßig treffen.
- **Unterstützung kleiner Betriebe** bei der Rezepturenentwicklung und Reformulierung
- **Kooperation mit Wissenschaft und Berufsbildung:** Initiativen zur praxisnahen Ernährungskompetenz sollten gemeinsam mit Lebensmittelhandwerk, Schulen, Verbraucherorganisationen und Forschungseinrichtungen entwickelt werden.
- **Ernährungsbildung in Kitas, Schulen und Betrieben stärken und ausbauen:** Eine nachhaltige Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten kann nur durch eine frühzeitige Ernährungsbildung erreicht werden. Bund, Länder und Kommunen sollten bestehende Bildungsangebote ausbauen und stärker fördern.
- **Bewegungsfördernde Programme** für Kinder und Jugendliche stärken und ausbauen: Regelmäßige Bewegung ist ein zentraler Bestandteil einer gesunden Lebensführung. Bund, Länder und Kommunen sollten bestehende Programme zur Bewegungsförderung und Sportangebote von Schulen, Sportvereinen und -verbänden ausbauen und stärker

fördern, statt Energien in die Einführung einer pauschalen Zuckersteuer zu lenken.

Das Lebensmittelhandwerk bekennt sich zu einer ausgewogenen und verantwortungsvollen Ernährungspolitik. Eine Zuckersteuer ist jedoch kein geeignetes Instrument, um komplexe ernährungsbedingte Gesundheitsprobleme nachhaltig zu lösen und das Gesundheitssystem zu entlasten. Sie wird nach Einschätzung des Lebensmittelhandwerks nachteilige Folgen in anderen Bereichen haben. Wir brauchen Instrumente, welche zielgenau die Prävention stärken, strukturelle Ursachen adressieren und im Kontext der veränderten Sicherheitslage und sicherheitspolitischen Zeitenwende die Stabilität regionaler Versorgungsstrukturen erhalten und stärken, statt sie zu schwächen.

./.